

An das Arbeitsgericht _____

Ich
Herr/Frau _____

Anschrift: _____

Tel. _____
-Kläger/in-

erhebe hiermit gegen

Anschrift: _____

-Beklagte/r-

Kündigungsschutzklage

und beantrage:

1. Es wird festgestellt, dass das Arbeitsverhältnis zwischen den Parteien durch die Kündigung vom _____ nicht beendet ist/wird.
2. Es wird festgestellt, dass das zwischen den Parteien bestehende Arbeitsverhältnis auch nicht durch andere Beendigungstatbestände aufgelöst ist.
3. D. Beklagte/n zu verurteilen, an d. Kläger/in _____ EUR netto/brutto*
 - abzüglich bereits gezahlter _____ EUR
 - nebst Zinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem Basiszinssatz
 - seit dem _____ (oder) ab Klagezustellung zu zahlen.

Hinweis:

*Unzutreffendes bitte durchstreichen
Zutreffendes bitte ankreuzen

Begründung:

Auf das Arbeitsverhältnis sind die Rechtsvorschriften des Kündigungsschutzgesetzes anzuwenden. D. Beklagte beschäftigt durchgängig mehr als 10 Vollzeit Arbeitnehmer und mein Arbeitsverhältnis besteht länger als sechs Monate bzw. sind bei d. Beklagten mehr als fünf Vollzeit Arbeitnehmer beschäftigt, die - ebenso wie ich - bereits vor dem 01.01.2004 dort tätig waren.

Ich bin seit dem _____ bei d. Beklagten in _____ als _____ beschäftigt. Es ist ein Monatsgehalt/Stundenlohn* von _____ EUR brutto bei einer regelmäßigen monatlichen/wöchentlichen* Arbeitszeit von _____ Stunden vereinbart.

Ein schriftlicher Arbeitsvertrag ist abgeschlossen worden und beigelegt/wird nachgereicht*.

Ich bin geboren am _____, bin ledig/verheiratet/geschieden* und habe für _____ Kind/er zu sorgen. / keine minderjährigen Kinder*.

Das Arbeitsverhältnis ist mit Schreiben vom _____ gekündigt worden. Die Kündigung ist mir am _____ zugegangen.

Soweit das Arbeitsverhältnis fristlos gekündigt worden ist, bestreite ich das Vorliegen eines wichtigen Grundes, der eine fristlose Kündigung rechtfertigen könnte. Insoweit bestreite ich auch die Einhaltung der Zweiwochenfrist des § 626 Abs. 2 BGB.

Die Kündigung ist unwirksam, weil sie sozial ungerechtfertigt ist. Es liegen weder Gründe in meiner Person, noch in meinem Verhalten, noch dringende betriebliche Erfordernisse vor, die einer Weiterbeschäftigung entgegenstehen. Im Übrigen rüge ich die ordnungsgemäße Durchführung der Sozialauswahl gem. § 1 Abs. 3 KSchG.

Es besteht ein Betriebsrat. Die ordnungsgemäße Beteiligung bzw. Anhörung des Betriebsrates wird mit Nichtwissen bestritten.

Der bestehende Betriebsrat hat der Kündigung fristgerecht widersprochen. Auf den beigelegten Widerspruch, der zum Inhalt der Klageschrift gemacht wird, weise ich hin.

Mit dem Klageantrag zu 2. wird eine selbstständige allgemeine Feststellungsklage gem. § 256 ZPO erhoben. Es sind zurzeit zwar keine weiteren als die angegriffenen Kündigungserklärungen bekannt, es besteht jedoch die Befürchtung, dass im Laufe des Verfahrens weitere - ggf. mündliche - Kündigungserklärungen ausgesprochen werden. Der Klageantrag richtet sich daher auf Feststellung der Nichtbeendigung des Arbeitsverhältnisses durch derartige Erklärungen.

Hinweis:

*Unzutreffendes bitte durchstreichen
Zutreffendes bitte ankreuzen

Mit dem Klageantrag zu 3. wird das mir noch zustehende Arbeitsentgelt für die ordnungsgemäß erbrachte Arbeitsleistung in der Zeit vom _____ bis _____ von _____ EUR netto/brutto* gefordert.

_____, den _____
Ort Datum Unterschrift Kläger/in

Anlagen: Kopie der Kündigung, Kopie des Arbeitsvertrages, Kopie einer aktuellen Gehaltsabrechnung
ggfs. weitere Angaben zum Sachverhalt auf zusätzlichem Blatt beifügen